

Eine UN-Reform für die nächsten 75 Jahre

Zum 75. Gründungsjubiläum der Vereinten Nationen befindet sich die Welt inmitten einer unvorstellbaren Krise. Ist es möglich, das durch die Pandemie entstandene weltweite Gefühl der Solidarität in die Arbeitsweise der UN für die nächsten 75 Jahre einfließen zu lassen?



Dr. Alanna O'Malley, geb. 1986, ist Professorin und Lehrstuhlinhaberin für ›United Nations Studies in Peace and Justice‹ an der Leiden University, Niederlande, und an der Den Haag University of Applied Science.

✉ a.m.omalley@hum.leidenuniv.nl

Als die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Juni 2019 eine Resolution zum 75. Jahrestag der Organisation verabschiedete, konnten die Mitgliedstaaten nicht ahnen, dass ihre Erklärung ›Die Zukunft, die wir wollen, die Vereinten Nationen, die wir brauchen‹ eine so tiefe Bedeutung haben würde – jetzt, im Jahr 2020, in dem eine globale Pandemie die Welt heimsucht.¹ Die COVID-19-Krise erschüttert die nationalen Gesundheitssysteme, die Weltwirtschaft und die Strukturen des Krisenmanagements bis ins Mark. Da diese neue Situation eine starke Führung, verbesserte Global-Governance-Mechanismen und eine engere Zusammenarbeit zwischen Staaten und nicht-staatlichen Akteuren erfordert, bietet sie auch eine Gelegenheit, das Vertrauen in internationale Institutionen und deren Glaubwürdigkeit wiederherzustellen.

Daher ist jetzt ein günstiger Zeitpunkt, um Vorschläge für eine Reform der UN zu prüfen – ein Thema, das noch im vergangenen Jahr in der diplomatischen, politischen und wissenschaftlichen Welt

sowie in der Öffentlichkeit kaum auf Interesse stieß und nur mit wenig Engagement verfolgt wurde. Wenn wir uns dieser Herausforderung stellen, gibt es eine Reihe zentraler Fragen: Welches sind die aktuellen Reformvorschläge für die wichtigsten UN-Organe und welche Ideen sind am sinnvollsten? Wie kann der gegenwärtige ›Geist‹ der multilateralen Zusammenarbeit erhalten bleiben, um die Arbeitsweise der UN zu verändern und das System effizienter und repräsentativer zu machen? Welche Rolle sollten die Vereinten Nationen bei der Gestaltung und Verwirklichung verschiedener Modelle der künftigen Weltordnung spielen? Im Zentrum der Debatte steht die grundlegende Frage, wie oder ob es möglich ist, das gegenwärtige weltweite Gefühl der Solidarität und die Rückbesinnung auf Fachleute und Institutionen zu bewahren und in eine Reihe grundlegender Reformen einfließen zu lassen. Diese könnten die Arbeitsweise der UN für die nächsten 75 Jahre verändern.

Vom Krieg zum Frieden

Das UN-System wurde im Jahr 1945 am Ende des Zweiten Weltkriegs in einer Phase des Optimismus und des Vertrauens in die multilaterale Zusammenarbeit geschaffen. Die siegreichen Verbündeten waren sich bewusst, dass eine tragfähige Architektur der internationalen Zusammenarbeit aufgebaut werden musste, um Frieden und Sicherheit in der Welt zu gewährleisten. Sie begannen bereits im Jahr 1942 mit der Diskussion von Vorschlägen in diesem Sinne.² Federführend bei dieser Planung waren in ers-

¹ UN-Dok. A/RES/73/299 v. 14.6.2019.

² Siehe Stephen Wertheim, Instrumental Internationalism: The American Origins of the United Nations, 1940–1943, *Journal of Contemporary History*, 54. Jg., 2/2019, S. 265–283. Zum 75-jährigen Bestehen der UN siehe auch VEREINTE NATIONEN (VN), 4/2020.

ter Linie das amerikanische und britische Außenministerium, die versuchten, die Zusammenarbeit verschiedener Bereiche aus Kriegszeiten zu institutionalisieren: angefangen von der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen über die diplomatische Kommunikation bis hin zur nachrichtendienstlichen Tätigkeit. Es wurden Diskussionsrunden auf verschiedenen Regierungsebenen organisiert: Zunächst kamen in Dumbarton Oaks, einem Anwesen in Washington, D.C., im Herbst 1944 Funktionäre zusammen, um die ersten Pläne zu besprechen. Einer der wesentlichen Aspekte der neu vorgeschlagenen ›Vereinten Nationen‹ betraf die Frage der Struktur des Sicherheitsrats und inwiefern dieser die globalen Machtverhältnisse widerspiegeln sollte – vor allem in solchen Fällen, in denen von den größeren Mächten eher Zusammenarbeit statt Konkurrenz verlangt wurde. Im Hintergrund der Debatten lauerte das Schreckgespenst des Völkerbunds, des Vorgängers der Vereinten Nationen, der die embryonalen Institutionen der Weltordnungspolitik in den Bereichen Menschenrechte, Sozialschutz und Entwicklung geschaffen hatte. Dabei war es ihm jedoch nicht gelungen, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren.

Es war daher zwingend erforderlich, dass die neue Organisation eine Machtstruktur erhielt, die Frieden und Sicherheit wirksam gewährleisten konnte. Gleichzeitig sollten in Krisenausbrüchen, die Anlass zu unilateralem Handeln boten, Staaten vom automatischen Handeln abgehalten werden.

Diesem Anliegen lagen weitergehende Fragen zugrunde, nämlich, wie sowohl die Souveränität gewahrt als auch gleichzeitig der Multilateralismus gefördert und der Weltfrieden wirksam gesichert werden können. Das Ergebnis war eine abgeschwächte Version der Machtstruktur des Völkerbunds: Jede Nation sollte eine gleichberechtigte Stimme in der Generalversammlung erhalten. Der Sicherheitsrat sollte jedoch nur fünf ständige Mitglieder (Permanent Five – P5) umfassen, zusätzlich sollten zehn nichtständige Mitglieder turnusmäßig rotieren. Ebenfalls von entscheidender Bedeutung war ein Vetosystem: Jedes P5-Mitglied konnte einen Punkt von der Tagesordnung des Rates streichen, wenn dieser den Interessen des entsprechenden Mitgliedstaats zuwiderlief. Dies gewährleistet ein kontinuierliches Engagement der P5 selbst dann, wenn ihre Interessen kollidieren. Befürworterinnen und Befürworter haben darauf hingewiesen, dass dies ein stabilisierendes Merkmal der UN, ein wirksames Mittel gegen unilaterale Militäraktionen und ein Schutz gegen die Vorherrschaft der

USA ist. Das Vetorecht wird auch stark – und zu Recht – als Hauptursache für die Untätigkeit der UN in Reaktion auf globale Konflikte und Verbrechen gegen die Menschlichkeit kritisiert, insbesondere, wenn die P5-Mitglieder selbst daran beteiligt sind. Außerdem ist der Sicherheitsrat durch diesen Mechanismus weitestgehend undemokratisch und in höchstem Maße unrepräsentativ. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die Diskussionen über die Reform der Vereinten Nationen größtenteils, wenn auch nicht ausschließlich, um die Frage des Vetorechts und das Fehlen von demokratischer Kontrolle, Legitimität und Repräsentativität des Sicherheitsrats drehen.

Neuester Stand der Reformdebatten

In Anbetracht der Tatsache, dass der Sicherheitsrat nach wie vor als das zentrale Instrument betrachtet wird, mit dem die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Weltordnung spielen können, ist es sinnvoll, kurz auf einige der wichtigsten Reformvorschläge einzugehen.³ Von den Vorschlägen, die in den letzten Jahren von Mitgliedstaaten, politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern und Fachleuten unterbreitet wurden, sind drei besonders interessant.

Die erste Reforminitiative wurde im Jahr 2015 von Frankreich und Mexiko mit der ›Politischen



Architekten begutachten im Mai 1947 ein Modell des UN-Geländes in New York City. V.l.n.r.: C.A. Soilleux, Gaston Brunfaut, John Antoniadis, Wallace K. Harrison, Ernest Cormier, Julio Vilamajo, Oscar Niemeyer und Josef Havlicek. UN PHOTO

³ Siehe auch Sophie Eisentraut, Stillstand und Dynamik – Realitäten der Sicherheitsratsreform, VN, 3/2017, S. 99–103.

Erklärung über die Aussetzung des Vetos im Falle von Massengräuelaten⁴ ergriffen. Diese wurde zwar der Generalversammlung vorgelegt, richtet sich aber an die P5-Mitglieder.⁴ Der Vorschlag der Initiative besteht darin, die Inanspruchnahme des Vetos im Falle von Massengräuelaten einzuschränken. Dafür wäre keine Änderung der Charta erforderlich, sondern lediglich eine öffentliche politische Verpflichtung seitens der P5-Mitglieder. Sie sollten sich demnach bereiterklären, unter außergewöhnlichen Umständen nicht von ihrem Vetorecht Gebrauch zu

Eine Reihe von Initiativen zielt darauf ab, möglichst schnell auf humanitäre Krisen zu reagieren.

machen.⁵ Obwohl 100 der 193 UN-Mitgliedstaaten die Erklärung und die Initiative unterstützten, kam von den anderen Vetomächten, selbst von traditionell engen Verbündeten wie Großbritannien und den USA, keine formelle Unterstützung. In der Initiative kommen jedoch die zunehmenden Bemühungen um eine Reform der Vereinten Nationen zum Ausdruck, die sich auch in einer Reihe von Initiativen des Generalsekretärs im Zusammenhang mit dem Konflikt in Syrien widerspiegeln. Diese zielen darauf ab, möglichst schnell auf die durch den Konflikt verursachten humanitären Krisen zu reagieren.

Die zweite Reforminitiative ist der Vorschlag für einen Verhaltenskodex, der von der Gruppe für Rechenschaftspflicht, Kohärenz und Transparenz (Accountability, Coherence and Transparency Group – ACT) vorgebracht wurde. Sie ähnelt insofern der Initiative Frankreichs und Mexikos, als sie keine Änderung oder Reform der Charta erfordert. Der Vorschlag betrifft allerdings alle Mitglieder des Sicherheitsrats und nicht nur die P5. Im

Jahr 2015 schlug die ACT-Gruppe in einem Brief an den Generalsekretär einen ›Verhaltenskodex für das Vorgehen des Sicherheitsrats gegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen‹ vor.⁶ Dieser Kodex zielt mehr auf das Prozedere als auf die Politik ab und soll die Reaktion des Sicherheitsrats auf Kriegsverbrechen und Völkermord beschleunigen. Dazu müssten die ständigen und nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrats ihre Absicht erklären, nicht gegen Resolutionsentwürfe zu stimmen, die auf Maßnahmen in diesen Bereichen abzielen. Unter Federführung westeuropäischer Mächte – insbesondere Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und der Niederlande – wird der Vorschlag der ACT bisher von 119 Mitgliedstaaten und von zwei Beobachtern unterstützt. Noch ist er jedoch nicht umgesetzt worden.⁷ Ähnlich wie der Vorschlag Frankreichs und Mexikos stützt er sich auf die moralischen Argumente des Konzepts der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect – R2P). Dabei wird das Argument geltend gemacht, dass die Staaten verpflichtet sind, kein Veto gegen Resolutionen einzulegen, die darauf abzielen, menschliches Leid im Kontext von Massengräuelaten zu verhindern. Der ACT-Vorschlag wird von den meisten UN-Mitgliedstaaten unterstützt. Er zielt darauf ab, die P5 daran zu hindern, von ihrem Vetorecht Gebrauch zu machen, indem er die Normen auf dessen Anwendung neu definiert. Während die Initiative Frankreichs und Mexikos eher auf politischen Druck unter den P5 setzt, nutzt der ACT-Vorschlag das normative Potenzial des UN-Umfelds und versucht gezielt, durch kollektives Handeln aller Mitgliedstaaten eine Änderung des Verhaltenskodexes für den Sicherheitsrat zu erzwingen.

Der dritte Reformvorschlag ist das ›8+8+8-Modell zur Reform des Sicherheitsrats‹, das der Wissenschaftler Vesselin Popovski vorgelegt hat.⁸ Er argumentiert, dass der Sicherheitsrat eine völlig neue Struktur braucht. Der Rat sollte sich aus acht ständigen Mitgliedern, acht Mitgliedern, die wie-

⁴ Coalition for the International Criminal Court (ICC), 70th General Assembly of the United Nations, Political Statement on the Suspension of the Veto in the Case of Mass Atrocities Presented by France and Mexico, iccnw.org/documents/ENG_Mexico_Francepoliticaldeclaration_veto_NGO_translation_circa_Aug_21_2015.pdf

⁵ Die Initiative stützt sich auf einen früheren Vorschlag Frankreichs aus dem Jahr 2013, der vorsah, den Gebrauch des Vetos unter gewissen Umständen einzuschränken, siehe UN Doc. SC/11164 v. 29.10.2013.

⁶ Accountability, Coherence and Transparency (ACT) Group, Submission to the United Nations, UN Doc. A/70/621-S/2015/978 v. 14.12.2015.

⁷ Wichtig ist, dass dieser Vorschlag aus der erweiterten ACT-Gruppe hervorgeht, die sich aus 21 kleineren Staaten zusammensetzt, etwa Irland, Liechtenstein, Peru, Schweiz und Uruguay, und die sich auf die Verbesserung der Arbeitsmethoden des Sicherheitsrats insgesamt konzentriert. Zur Liste der Unterzeichnerstaaten der ACT-Gruppe siehe Global Centre for the Responsibility to Protect, www.globalr2p.org/wp-content/uploads/2019/08/2019-June-ACT-Supporters.pdf

⁸ Professor und stellvertretender Dekan der Jindal Global Law School an der O.P. Jindal Global University in Indien, jgu.edu.in/jgls/faculty/dr-vesselin-popovski/

dergewählt werden können, und acht Mitgliedern, deren Amtszeit nicht verlängert werden kann, zusammensetzen. Bei der Verabschiedung von Resolutionen müssten 14 von maximal 24 Stimmen für die Resolution abgegeben werden.⁹ Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen großen und mittleren Mächten, einschließlich der Einbindung von Regionalgruppen, würde nach Popovskis Ansicht mehr Raum für kleinere Mitgliedstaaten schaffen, die dann häufiger für eine nicht verlängerbare zweijährige Amtszeit im Rat vertreten sein könnten. Dies würde ihnen bessere Mitwirkungsmöglichkeiten bieten und hätte weniger Konkurrenz untereinander zur Folge. Der Reiz dieses Reformvorschlags besteht darin, dass er auf eine Vielzahl von Bedenken aller Mitgliedstaaten hinsichtlich der Zusammensetzung des Sicherheitsrats eingeht und ein klares Modell zur Beseitigung des größeren Dilemmas, der gegenwärtigen einseitigen Repräsentation bietet. Dieses Modell ermöglicht einer breiteren Anzahl von Staaten eine stärkere Beteiligung an Diskussionen und Abstimmungen über Resolutionen. Da es jedoch über die deklaratorische Ebene der früheren Vorschläge hinausgeht, würde es eine Charta-Reform voraussetzen, was ihre baldige Einführung unwahrscheinlicher macht. Darüber hinaus bedeutet eine solche Reform nicht unbedingt, dass die Funktionalität und Effizienz des Rates erweitert oder beschleunigt wird, da eine größere Zahl von Mitgliedstaaten eine Einigung über Resolutionen erzielen müsste. Der Vorschlag ist ähnlich formuliert wie die anderen Vorschläge und beruft sich auf den Aspekt der Verantwortung der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat und nicht so sehr auf das damit assoziierte Privileg.

Die Zukunft im ›Geist‹ des Multilateralismus gestalten

Jeder dieser Vorschläge könnte sicherlich dazu beitragen, strukturelle, normative und verfahrenstechnische Reformen des Sicherheitsrats zu beschleunigen. Damit jedoch einer der Vorschläge erfolgreich ist, müsste der ›Geist‹ des Multilateralismus, der derzeit von Tag zu Tag und von Thema zu Thema stark variiert, konsolidiert werden und in klare

Aktionspläne einfließen, die Veränderungen bewirken. Für alle Mitgliedstaaten, von denen sich viele inmitten einer zweiten COVID-19-Welle befinden, könnte die Ausweitung der Zusammenarbeit in diesem Forum eine attraktive Perspektive sein. Um die Solidarität trotz der widrigen Umstände zu festigen, müssen jedoch zwei zusätzliche Herausforderungen angegangen werden: Das betrifft zum einen das negative Erscheinungsbild des UN-Systems, zum anderen das allgemeine Gefühl der Gleichgültigkeit, das die Weltbevölkerung hinsichtlich der Relevanz und Bedeutung den UN entgegenbringt. Damit eine der Reformen möglich wird, muss politische Energie erzeugt werden und zwar, indem diese Herausforderungen gleichzeitig und offensiv angegangen werden.

Zum Problem des Erscheinungsbilds: Nach wie vor leiden die Vereinten Nationen unter der Fehleinschätzung, dass sie mit Ausnahme des Sicherheitsrats ›fast nichts‹ tun würden und nicht mehr als ein ›veralteter, bürokratischer Debattierclub‹ seien.

Für alle Mitgliedstaaten könnte die Ausweitung der Zusammenarbeit eine attraktive Perspektive sein.

Tatsächlich erfährt die Öffentlichkeit nur selten von den Maßnahmen, die die UN und ihre Sonderorganisationen und Fachabteilungen erfolgreich durchführen. So wurde beispielsweise jüngst das Welternährungsprogramm (World Food Program – WFP) für seine Arbeit mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Das WFP versorgt in 83 Ländern der Welt fast 100 Millionen Menschen, die keinen Zugang zu angemessener Ernährung haben.¹⁰ Diese Art von Statistiken über die soziale und wirtschaftliche Entwicklung sind jedoch selten Gegenstand des trivialen Diskurses, der über die Vereinten Nationen und ihre Funktionsweise geführt wird. Die COVID-19-Krise hat dies weiter verschärft. Trotz zahlreicher Medienberichte und obwohl die öffentliche Aufmerksamkeit auf die

⁹ Die neuen ständigen Mitglieder würden sich aus der Afrikanischen Union (AU), der Europäischen Union (EU), Brasilien, China, Indien, Japan, Russland und den USA zusammensetzen – eine leichte Veränderung gegenüber den bisherigen P5. Er schlägt vor, dass die Gruppe der Mitgliedstaaten, die wiedergewählt werden können, aus Ländern wie Argentinien, Australien, Ägypten, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indonesien, Italien, Kanada, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Südafrika, Südkorea und anderen bestehen könnte, die entweder in der Vergangenheit einen ständigen Sitz angestrebt haben oder sich aktiv für Reformen einsetzen. Siehe dazu Vesselin Popovski, *Renovating the Principal Organs of the United Nations*, in: William Durch/Joris Larik/Richard Ponzio (Hrsg.), *Just Security in an Undergoverned World*, Oxford 2018, S. 391–413.

¹⁰ World Food Programme Overview, www.wfp.org/overview

Politik des Sicherheitsrats und der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) gerichtet ist,¹¹ gibt es kaum Berichterstattung darüber, wie die Organisationen zur Lösung der Herausforderungen der Pandemie konkret beitragen.¹² Durch eine Neuausrichtung der öffentlichen Diskussion hin zu einer kritischen Bewertung

Die Rolle der Akteure des Globalen Südens sollte stärker ins Blickfeld rücken.

dessen, was die UN tun, anstatt zu bewerten, was sie nicht tun, sollte es möglich sein, die Wahrnehmung ihres Handlungspotenzials allmählich zu verändern. Darüber hinaus wird der Rat durch die konsequente Betonung dieser Fragen nicht nur mit ermüdender Kritik überhäuft, sondern es wird auch eine produktive Debatte über Reformen verhindert. Das Potenzial der Organisation bleibt somit verborgen.

Als Antwort auf die Frage, wie die Rolle der Vereinten Nationen in der Weltordnung aussehen sollte, werden drei Aspekte aufgegriffen, die allen Vorschlägen gemeinsam sind:

Die normative Funktion der UN sollte weiterentwickelt und die Rolle und Handlungsfähigkeit kleinerer Staaten gestärkt werden. Gleichzeitig sollte der humanitäre Impuls der Mitgliedstaaten als eine Verpflichtung und nicht als eine Wahlmöglichkeit verstanden werden. Dies sind Schlüsselemente der Reform des Sicherheitsrats, die allerdings auf das gesamte UN-System ausgeweitet werden sollten. Ein solcher Ansatz der Förderung eines normativen Wandels hat sich in der Vergangenheit als wirksam erwiesen, um prozedurale und strukturelle Veränderungen herbeizuführen.¹³

Ferner sollte in diesem Zusammenhang die Rolle der Akteure des Globalen Südens – sowohl der staatlichen als auch der nichtstaatlichen – stärker ins Blickfeld gerückt werden. Wenn man bedenkt,

dass diese Gruppe in verschiedenen Ausprägungen – von der ›Afroasiatischen Gruppe‹ bis zur Gruppe der 77 (G77) – seit dem Jahr 1960 in der Generalversammlung numerisch die Mehrheit hat, ist es unerlässlich, dass sie innerhalb des UN-Systems eine wichtigere Rolle spielt. Dies ist entscheidend, damit das Erscheinungsbild der UN als Instrument westlicher Mächte diversifiziert wird, aber auch deswegen, weil es genau diese Gruppe ist, die das normative Umfeld der UN am nachhaltigsten geprägt hat. Was in den gegenwärtigen Debatten weitgehend fehlt, ist die Berücksichtigung dieser Perspektiven und die Entwicklung von integrativen Vorschlägen für eine Reform der UN, die sich aus diesen Positionen ableiten und nicht nur auf deren Einbeziehung abzielen. Repräsentativere Debatten darüber, was die UN sind und was sie sein könnten, sind ein wesentlicher Ansatzpunkt, um Menschen zu einem anderen Denken über die Organisation insgesamt zu veranlassen.

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Überwindung des negativen Erscheinungsbilds der Organisation besteht darin, eine genauere, umfassendere und gründlichere Analyse des UN-Systems in den Medien und in der Öffentlichkeit vorzunehmen, um dem Empfinden der allgemeinen Gleichgültigkeit der Weltöffentlichkeit den UN gegenüber entgegenzuwirken. Darüber hinaus ist jedoch auch mehr politische Energie erforderlich, um diese Probleme direkt vom UN-Sekretariat selbst aus anzugehen. Diesbezüglich sind einige Anstrengungen unternommen worden, insbesondere mit der Ernennung von Fabrizio Hochschild-Drummond zum Sonderberater des Generalsekretärs für die Feierlichkeiten zum 75-jährigen Bestehen der Vereinten Nationen. Sein Programm, die Jugend als wichtigen, aber bisher weitgehend ignorierten internationalen Akteur durch eine Reihe globaler Dialoge zum Thema ›Die Zukunft, die wir wollen, die Vereinten Nationen, die wir brauchen‹ einzubeziehen, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ein innovativer Ansatz ist, dass Einzelpersonen ermutigt werden, kollektive Diskussionen auf lokaler Ebene über eine Reihe von Schlüsselfragen zur UN-Reform zu veranstalten und die Antworten dann über einen Feedback-Mechanismus direkt an die Vereinten Na-

¹¹ Zum Beispiel Rick Gladstone, UN Security Council Missing in Action in Coronavirus Fight, New York Times, 2.4.2020, www.nytimes.com/2020/04/02/world/americas/coronavirus-united-nations-guterres.html

¹² Zum Beispiel Maryam Zarnegar Deloffre, Failed or Failsafe? Global Pandemic Response as Polycentric Governance, Global Cooperation Research, A Quarterly Magazine, 1/2020, S. 6–8, www.gcr21.org/fileadmin/website/publications/Quarterly_Magazine/GCR21_Quarterly_Magazine_1-2020_April-online.pdf

¹³ Zu diesen strukturellen Veränderungen gehören die Einsetzung des Sonderausschusses für Entkolonialisierung im Jahr 1961 und die Entwicklung der normativen Agenda rund um die Kampagne für eine neue internationale Wirtschaftsordnung in den späten 1960er Jahren. Für weitere Informationen darüber, wie die UN in der Vergangenheit verändert und erneuert wurden, siehe Alanna O'Malley, *The Diplomacy of Decolonisation, America, Britain and the United Nations during the Congo Crisis 1960–1964*, Manchester 2018.

tionen weiterzuleiten. Dies ermöglicht es den Menschen, mit den UN zu kommunizieren.¹⁴ Wichtig ist auch, dass dieser Ansatz die Organisation in einen Modus des Zuhörens versetzt, indem er die Ideen verschiedener lokaler Akteure in unterschiedlichen Kontexten aufgreift. Dadurch wird in vielen Fällen das Bollwerk der Politik auf nationaler Ebene umgangen und gleichzeitig die Legitimation und Reichweite der Organisation gefördert. Im Rahmen der Dialoge wird eine Reihe von Vorschlägen und Initiativen für eine Reform der Vereinten Nationen in Schlüsselbereichen erarbeitet. Diese werden sich insofern erheblich von den im vorliegenden Beitrag erörterten Vorschlägen unterscheiden, als sie nicht in die nationale oder regionale politische Agenda einfließen werden, sondern von lokalen Akteuren und Akteuren aus abgelegenen Regionen stammen, die gemeinsam davon betroffen sind, im gegenwärtigen Global-Governance-System nicht wahrgenommen zu werden. Die genauen Ergebnisse und Vorschläge liegen zwar noch nicht vor, dennoch kann diese Initiative als ein bahnbrechender Schritt in die richtige Richtung interpretiert werden. Die UN können so mehr Eigenverantwortung für ihr eigenes Schicksal übernehmen, indem sie sich gemäß der Präambel der UN-Charta an ›Wir, die Völker‹ wenden, die in ihrer Rhetorik so oft beschworen werden. Andererseits bietet die Initiative auch der Weltöffentlichkeit die Möglichkeit, sich aktiv mit der Organisation auseinanderzusetzen, anstatt abseits zu stehen und die Politik den Mitgliedstaaten zu überlassen. Aus dieser doppelten Perspektive könnte die Initiative eine einmalige Gelegenheit sein, den ›Geist‹ des Multilateralismus, der gegenwärtig verströmt wird, auszuweiten und zu fördern.

Die UN im Zentrum der Weltordnung

Aktuell zeigt sich, dass es wichtiger denn je ist, die Vereinten Nationen wieder stärker in die Pflicht zu nehmen. Gleichzeitig muss der Weltbevölkerung, die in den letzten Jahrzehnten von der Organisation ignoriert wurde, wieder mehr Rechte eingeräumt werden. Für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist es unabdingbar, eine öffentliche, akademische Diskussion über die Vereinten Nationen zu führen, die ausgewogen, aber auch innovativ ist. Diese Diskussionen müssen über die Parameter ermüdender Debatten bezüglich einer Revision der Charta und einer Reform des Sicherheitsrats hinausgehen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, die beides überlagert: Wie kann die Wis-

senschaft für diese Debatten am besten politische Energie erzeugen und diese nutzen und fördern? Wenn die Fachleute in einen direkten Dialog mit den UN eintreten und die nächste Generation dazu anleiten, anders über das Potenzial und die Probleme der Organisation zu denken, wird dies positive Nebeneffekte auf politischer Ebene haben, sowohl für jeden Einzelnen als auch innerhalb der Mitgliedstaaten.

Ein letzter Vorschlag besteht darin, die hochgesteckten Ziele und Programme der Vereinten Nationen in konkrete Maßnahmen auf lokaler Ebene umzusetzen. Dies ist bei der humanitären Arbeit der UN bereits gängige Praxis. Wenn jedoch Modelle und Simulationen entwickelt würden, um die Umsetzung der UN-Ideen und die Logik ihrer Maßnahmen zu demonstrieren, könnte dadurch die sogenannte ›Black Box‹ der Arbeitsweise der UN geöffnet werden. Vielleicht ist es möglich, die Welt der hohen Diplomatie klarer von der Welt der UN-Maßnahmen zu trennen. Mit einem solchen Ansatz könnten die Möglichkeiten zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) verbessert werden. Damit würde nicht nur ›Die Zukunft, die wir wollen, die Vereinten Nationen, die wir brauchen‹ geschaffen werden, sondern auch eine gerechtere, ausgewogenere Weltordnung mit gleichen Chancen für alle – mit den Vereinten Nationen im Zentrum und nicht am Rande der internationalen Beziehungen.

Aus dem Englischen von Angela Großmann

English Abstract

Prof. Dr. Alanna O'Malley

A UN Reform for the next 75 Years pp. 268–273

In June 2019, when the United Nations declared the intention to create a dialogue around 'The Future we want, the UN we need', it was impossible to imagine that the world would be in a global pandemic in 2020. Now, it is important to ask: what can the UN do to shape the future world order? At its core, this is a fundamental question of how – or whether or not – it is possible to sustain the current global sense of solidarity and turn back to experts and institutions to facilitate a series of fundamental reforms that will transform the way the UN works for the next 75 years.

Keywords: Mitgliedschaft, Pandemie, UN-Reform/Reform Sicherheitsrat, membership, pandemic, UN reform/Reform of the Security Council

¹⁴ United Nations, UN75, Join the Conversation, www.un.org/en/un75/join-conversation